

Niederschrift

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen

am Dienstag, 09.11.2021 von 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr in: Sitzungssaal Neues Rathaus, D.-Martin-Luther-Straße 1

Zu Beginn der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass sämtliche Mitglieder des Ausschusses/des Plenums ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder sind aus der Anwesenheitsliste ersichtlich.

Als Berichterstatter waren anwesend:

Herr Amtsleiter Sedlmeier, Amt für Stadtentwicklung
Herr Amtsleiter Köstlinger, Tiefbauamt
Frau Amtsleiterin Flemmig, Stadtplanungsamt
Herr Bergmann, Altstadtkümmerer

Anwesende:

Herr Michael Achmann -
Frau Bernadette Dechant -
Herr Hans Holler -
Frau Gertrud Maltz-Schwarzfischer -
Frau Gabriele Opitz -
Herr Dr. Klaus Rappert -
Herr Günther Riepl -
Herr Florian Rottke -
Frau Dagmar Schmidl -
Frau Maria Simon -
Herr Benedikt Suttner -
Herr Hans Teufl -
Herr Thomas Thurow -
Herr Dr.-Ing. Josef Zimmermann -

Abwesende:

Herr Jürgen Eberwein -	Vertretung: Herr Stadtrat Lehner
Frau Irmgard Freihoffer -	Vertretung: Herr Stadtrat Frank
Herr Thomas Straub -	Vertretung: Herr Stadtrat Brucker

Abwesende Stadtratsmitglieder bei einzelnen Tagesordnungspunkten (Abstimmung):

Frau Bernadette Dechant	TOP 2
Herr Dr.-Ing. Josef Zimmermann	TOP 6 und TOP 7

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Vollzug der Baugesetze; Verzeichnis der im Amtsweg behandelten Baugesuche und Vorbescheide
Vorlage: VO/21/18414/63
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
- 3 Kommunikationskonzept im Rahmen der Sanierung der Oberen Bachgasse - Pandemiebedingter Verzicht auf die Beauftragung einer externen Werbeagentur
Vorlage: VO/21/18424/85
Berichterstatter/in: Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzreferent Prof. Dr. Barfuß
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
- 4 Investitionsprogramm 2021 bis 2025
Vorberatung der Teile des Investitionsprogramms, für die der Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen fachlich zuständig ist
Vorlage: VO/21/18438/RVI
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
Berichterstatter/in: Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzreferent Prof. Dr. Barfuß
- 5 Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Friedenstraße/Kumpfmühler Brücke, Radverkehrsverbesserung, barrierefreier Ausbau der Haltestelle Gutenbergstraße (stadtauswärts) und Bau einer Wendemöglichkeit in der Kirchmeierstraße -Maßnahmenbeschluss-
Vorlage: VO/21/18343/65
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
- 6 Verbesserung im Radwegenetz (Lückenschluss)
Neubau einer Geh- und Radwegverbindung ab der Einmündung Rauberstraße bis zur Stadtgrenze (Scharmassing) entlang des Unterislinger Wegs
Maßnahmenbeschluss
Vorlage: VO/21/18392/65
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
- 7 Kanalerneuerung "Gebiet Schmellerstraße" - BA III Schmellerstraße, Eichendorffstraße, Watzlikstraße, Eberlstraße, Weiherweg - geschlossene Bauweise"
Vorlage: VO/21/18400/65
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
- 8 Richtlinie der Stadt Regensburg zur Ausgestaltung des Projektfonds für die Innenstadt im Sonderfonds "Innenstädte beleben"
Vorlage: VO/21/18468/66
Berichterstatter/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann
- 9 Verkehrssicherheit vor Schulen und Erfahrungen mit der Eindämmung von Elterntaxis; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2021
Vorlage: VO/21/18472/32
Berichterstatter/in: Rechts- und Regionalreferent Dr. Boeckh

10 Anfragen

10.1 Anfrage 1: Baustraße für den Schulneubau am Sallerner Berg
Fragesteller: Herr Stadtrat Teufl

10.2 Anfrage 2: Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen
Fragesteller: Herr Stadtrat Teufl

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Diskussion:

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer weist darauf hin, dass am Protokolltisch die Niederschrift über die Sitzung vom 15.06.2021 zur Genehmigung ausliegt. Sofern bis zum Ende der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 2 **Vollzug der Baugesetze; Verzeichnis der im Amtsweg behandelten Baugesuche und Vorbescheide**
Vorlage: VO/21/18414/63

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 3 Kommunikationskonzept im Rahmen der Sanierung der Oberen Bachgasse - Pandemiebedingter Verzicht auf die Beauftragung einer externen Werbeagentur
Vorlage: VO/21/18424/85

Diskussion:

Herr Stadtrat Rottke bemerkt, die Kommunikationsmaßnahmen wären vor allem den Geschäftsleuten zugutegekommen. Er fragt, weshalb der Stadtrat nicht über die ausbleibende Durchführung informiert worden sei. Im Übrigen sei seiner Ansicht nach die angegebene Vorlagennummer in der ersten Zeile des Beschlussvorschlages falsch. Denn der Beschluss sei erst im Jahr 2020 gefallen.

Ebenso interessiere ihn, ob die Weihnachtsbeleuchtung nur für die Obere Bachgasse oder für die komplette Altstadt finanziert werde.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer antwortet, lediglich der Schmuck in der Oberen Bachgasse werde bezuschusst.

Herr Stadtrat Rottke eruiert, in welcher Größenordnung die Kosten zu veranschlagen seien. Weiterhin solle das Budget des Programms „Innenstadt beleben“ genutzt werden. Das könne er nicht nachvollziehen. Immerhin sollten dessen Mittel die Schäden durch die Corona-Pandemie abmildern.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer gibt an, aufgrund der vielen pandemiebedingten Einschränkungen hätten leider keine Veranstaltungen stattfinden können. Die Beauftragung einer Agentur sei deshalb unterblieben.

Herr Bergmann ergänzt, nach interner Abstimmung sei sich auf den Verzicht der Vergabe verständigt worden. Die Rahmenbedingungen hätten bedauerlicherweise keine sinnvollen Events zugelassen. Übrigens werde für die Beleuchtung mit Betriebskosten in Höhe von ca. 4.000 € kalkuliert.

Herr Stadtrat Rottke wiederholt, für die eigentlich vorgesehenen Aktivitäten seien bereits Mittel bereitgestellt worden. Er hakt nach, weshalb nun das Förderprogramm des Freistaates Bayern zur Bezahlung herangezogen werde.

Herr Sedlmeier verdeutlicht, in erster Linie würden hier die Betriebskosten bezuschusst. Denn die Dekoration sei größtenteils schon von den Kaufleuten angeschafft worden. Daneben trage das Vorhaben zu einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Altstadt bei. Möglicherweise könnten weitere Konzepte für andere Straßen entworfen werden. Jedoch sei der Etat der Wirtschaftsförderung bereits ausgeschöpft. Deswegen solle die öffentlichen Förderung genutzt werden. Darüber hinaus müsse die Menge der Anträge privater Akteure zunächst abgewartet werden. Sei der verfügbare Betrag Ende nächsten Jahres ausgeschöpft, könne sicherlich auf Gelder der Wirtschaftsförderung zurückgegriffen werden.

Herr Stadtrat Rottke wirft ein, laut Sachverhalt solle die Zuwendung über den Sonderfond „Innenstädte beleben“ abgerechnet werden. Er schlussfolgert, die im Jahr 2020 beschlossenen Maßnahmen würden nun darüber abgewickelt. Obwohl die Mittel für die Beseitigung von Corona-Schäden gedacht sei. Das erachte er als kritisch.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erläutert, die Weihnachtsbeleuchtung diene der Innenstadtbelebung. Insofern handle es sich um eine kurzfristige Kompensationsmaßnahme. Diese sei mit diesem Programm sehr wohl förderfähig. Bei Bedarf würden natürlich einzelne Eventformate organisiert. Auch die punktuelle Beauftragung externer Agenturen sei nicht ausschließbar.

Herr Sedlmeier pflichtet bei, die ursprünglich angedachten Haushaltsmittel würden in das übernächste Jahr verschoben. Schließlich könne die öffentliche Bezuschussung bis zum Jahr 2022 beansprucht werden. Städtische Gelder könnten dadurch vorerst gespart werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer merkt an, zeitnah sollten kreative Aktionen aufgrund der Baustellensituation vollzogen werden. Darüber hinaus seien frequenzsteigernde Projekte für die gesamte Altstadt zu entwickeln. Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie könnten so kompensiert werden.

Frau Stadträtin Maria Simon resümiert, im September 2020 sei eine Summe von 70.000 € für diese Maßnahmen eingeräumt worden. Dieser Betrag werde nun in das nächste Haushaltsjahr verlagert.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bejaht, eine Übertragung geschehe.

Herr Stadtrat Rottke berichtet, am Eingang der Gasse seien Hinweisschilder über die Öffnung der Restaurants montiert worden. Darum hätten sich die Gastronomen gekümmert. Das sei seiner Ansicht nach keine frequenzfördernde Aktion. Vielmehr handle es sich um eine klassische Kommunikationsmaßnahme. Darüber hinaus solle derartiges nicht von den Geschäftsleuten, sondern von der Stadt erledigt werden. Immerhin stünden entsprechende Mittel zur Verfügung.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verdeutlicht, Informations- und Werbemaßnahmen seien umgesetzt worden.

Herr Bergmann bekräftigt, Vorhaben kommunikativer Art seien bewerkstelligt worden. So seien beispielsweise Aufkleber auf dem Kopfsteinpflaster angebracht worden. Wegen des zahlreichen Rangierverkehrs der LKWs hätten diese allerdings nicht lange gehalten. Im gleichen Layout seien Banner über dem Eingang der Oberen Bachgasse installiert worden. Die Zugänglichkeit der Gasse sei also klar signalisiert worden.

Die angesprochenen Werbeschilder müssten eigentlich in geringem Abstand vor dem jeweiligen Gebäude positioniert werden. Aufgrund der Pandemie würden aber Abweichungen - gerade im Baustellenbereich - tollert. Letztlich habe die Stadt Regensburg einen Beitrag zur Kommunikation hierzu geleistet.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer hofft, in enger Absprache mit den Geschäften folgten weitere Vorhaben. Immerhin sei dies anlässlich der ausbleibenden Beauftragung mit einer Kommunikationsagentur angestrebt worden. Bessere Werbemaßnahmen seien natürlich wünschenswert.

Im Übrigen sei im Beschlussvorschlag tatsächlich die falsche Vorlagennummer erwähnt. Die Beauftragung einer Werbeagentur für die Bachgasse sei unter VO/20/17010/65 beschlossen worden.

Herr Stadtrat Thurow hebt hervor, Flyer und Werbebanner reichten nicht aus um die Besucherzahl zu steigern. Die veranschlagten Mittel seien bislang nicht verbraucht worden. Das sei sehr schade.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer betont, weitere Maßnahmen würden noch realisiert.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt:

Die Verwaltung wird in Modifikation der Beschlussvorlage **VO/20/17010/65** vom 29. und 30.09.2020 beauftragt, die begleitenden Werbemaßnahmen im Rahmen der Sanierung der Oberen Bachgasse in Eigenregie durchzuführen. Bedarfsgerecht werden externe Agenturen zur Konzeptionierung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen beauftragt. Als Kompensation für entfallene Maßnahmen werden die Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung aus den bereits für die Sanierungsarbeiten genehmigten Mitteln für Events und Marketingmaßnahmen finanziert.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung führt, wie bisher, die Informations- und Kommunikationskampagne in Eigenregie fort.
2. Sobald Events während der Bauphase zur Belebung der Oberen Bachgasse wieder durchführbar sind, wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Veranstaltungsformate zu planen und durchzuführen.
3. Bei Bedarf wird die Verwaltung ermächtigt, für die Durchführung einzelner Eventformate oder Maßnahmen externe Agenturen zur Unterstützung zu beauftragen.
4. Die Stadt Regensburg übernimmt die kompletten Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung des Winters 2021/2022 als Kompensation für die pandemiebedingt nicht umsetzbaren Events während der Bauphase.
5. Die Verwaltung wird beauftragt die Förderung der Maßnahmen über den Sonderfond „Innenstädte beleben“ zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: mit Stimmenmehrheit

Ablehnung: Stadtratsfraktion Brücke, Herr Stadtrat Frank

zu 4 Investitionsprogramm 2021 bis 2025
Vorberatung der Teile des Investitionsprogramms, für die der Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen fachlich zuständig ist
Vorlage: VO/21/18438/RVI

Diskussion:

Herr Stadtrat Dr. Rappert verdeutlicht, das Investitionsprogramm (IP) enthalte wesentliche Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Stadt Regensburg. Insbesondere bilde den größten Schwerpunkt der Wohnungsbau und die städtebauliche Infrastruktur. So seien etwa Ausgaben für den Erwerb des Areals am sog. Eisbuckel oder die Entwicklung der ehem. Prinz-Leopold-Kaserne (PLK) vorgesehen. Daneben seien große Investitionen für den Verkehr eingeplant. Vor allem der Umweltverbund solle hiervon profitieren. Wichtige Vorhaben für den Radverkehr seien z. B. der Lückenschluss hin zur südlichen Landkreisgrenze, die Fertigstellung der Sinzinger Brücke und der Umbau der Kreuzung Friedenstraße/Kumpfmühler Straße. Genauso werde der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gefördert. Alle in allem würden zukunftsweisende Entscheidungen getroffen. Trotz mancher Vertagung seien die richtigen Prioritäten gesetzt worden.

Frau Stadträtin Opitz macht darauf aufmerksam, insgesamt sollten 52 Kanalreparaturen erfolgen. Drei davon seien neu bzw. wieder eingestellt worden. Das sei erfreulich. Darüber hinaus sei die Umgestaltung der Kreuzung beim Donaeinkaufszentrum (DEZ) und die Planung einiger Parkhäuser sowie des Mobilitätstreffs hervorzuheben. Letztlich sei das IP ausgewogen.

Frau Stadträtin Maria Simon hält fest, das Investitionsvolumen in diesem Teil steige um 28 Mio. Euro. Hinzu kämen weitere Ausgaben außerhalb des IP für die Entwicklung des ehem. Bosch-Geländes. In anderen Bereichen sei durchaus mehr Sparsamkeit zu verzeichnen. Im Übrigen erachte sie die Kanalbauarbeiten als Aufgabe der Daseinsvorsorge. Hier müsse agiert werden. Weitere positive Vorhaben seien der Ankauf des Areals am sog. Eisbuckel, die Neuordnung des Recyclinghofs in der Markomannenstraße oder die Installation von Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof. Unproblematisch sei zudem der Wegfall der Parkierungsanlage auf dem ehem. Jakobi-Gelände. Dagegen bedauere sie, dass der Holzgartensteg nicht mehr im IP zu finden sei. Somit sei dessen Bau nicht nur verschoben, sondern komplett gecancelt worden.

Sie schlägt vor, der Mobilitätstreff Unterer Wöhrd könne gestrichen werden. Ein Fahrradverleihsystem wäre ein wichtiges Element bei der Vernetzung der verschiedenen ÖPNV-Arten gewesen. Dieses sei aber mittlerweile hinfällig. Letztendlich würde ausschließlich ein Parkplatz entstehen. Ein solcher sei zum Preis von 18 Mio. Euro nicht vonnöten. Überdies sollten gute Park & Ride-Systeme für den Pendlerverkehr besser am Stadtrand und nicht in Zentrumsnähe überlegt werden. Weiterhin regt sie an, auf die Vorplanung für den kreuzungsfreien Ausbau der Kreuzung beim DEZ solle verzichtet werden. Dieses Projekt müsse in Zusammenhang mit der Stadtbahn und dem Masterplan hierfür ausgearbeitet werden. Parallele Überlegungen seien nicht sinnvoll. Außerdem sei ein Fuß- und Radweg in der Nordgaustraße zweifellos zu befürworten. Doch dafür reichten sicherlich weniger Mittel. Die frei gewordenen Beträge könnten sodann in die Umgestaltung der Obermünsterstraße, den Neubau des Grieser Steges oder Radverkehrsmaßnahmen fließen.

Ansonsten umfasse das IP leider für einige bedeutsame Projekte keine Mittel. Das tangiere etwa das Hauptradroutennetz, die Verkehrsberuhigung in der Altstadt oder den Green Deal. Bezüglich letzterem sollten verstärkt energetische Sanierungen erfolgen und die Photovoltaikflächen nachgerüstet werden. Für den Klimaschutz sowie die Verkehrswende seien mehr Gelder erforderlich. Insgesamt lehne die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das vorliegende IP ab.

Zuletzt bemerkt sie, offenbar werde der Grundsatzbeschluss zur Stadtbahn von manchen in Frage gestellt. Sie wünsche sich hier mehr Rückhalt und ein klares Bekenntnis.

Herr Stadtrat Thurow findet, bei der Ausarbeitung des IP solle stärker parteiübergreifend agiert werden. So könnten vorab Ideen eingebracht und ein besserer Konsens gefunden werden.

Er lobt, der Erwerb der Flächen am sog. Eisbuckel sei erfreulich. Auch die Abkehr vom Wohnungspakt Bayern beim Projekt an der Guerickestraße 35 sei positiv. Durch die Errichtung von Wohnungen im Rahmen der einkommensorientierten Förderung (EOF) durch die Stadtbau GmbH ergebe sich eine eindeutige Einsparung.

Überdies sei der Mobilitätstreff Unterer Wöhrd ein bedeutsames Vorhaben. Jedoch lägen bislang – trotz wiederkehrender Mittelbereitstellungen keine konkreteren Planungen vor. Das sei sehr bedauerlich.

Er pflichtet bei, hinsichtlich der Belegung der Obermünsterstraße müsse schnell gehandelt werden. Die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich bedürfe unbestritten einer Verbesserung. Vielleicht seien zumindest einfache Maßnahmen umsetzbar. In erster Linie würde z. B. ein Verzicht auf Parkplätze helfen. Dafür seien keine Baumaßnahmen vonnöten. Genauso solle über Optionen zur Attraktivitätssteigerung des Arnulfsplatzes nachgedacht werden. Ein kompletter Umbau sei gewiss nicht vonnöten. Ferner müsse die Frankenstraße und –brücke natürlich ausgebaut werden. Ihn interessierten die Gründe für die Kostenerhöhung auf 40 Mio. €.

Insgesamt stimme die Stadtratsfraktion Brücke dem IP nicht zu.

Herr Stadtrat Suttner verweist, nach wie vor sei das IP sehr umfangreich. Allerdings müsse in der gegenwärtigen Situation wohl bedacht und vorsichtig vorangegangen werden. Ansonsten seien eventuell absolut wichtige Maßnahmen letztlich doch nicht realisierbar. Ebenso müsse ein gewisser Spielraum für künftige weitere Projekte offengehalten werden. Alles in allem seien die Erwägungen auch in der Gesamtschau zu treffen. Schließlich müssten in vielen Bereichen eine Daseinsvorsorge oder Pflichtaufgabe gewährleistet werden. Dies würde nicht gefährdet werden.

In Großprüfening sollten der Fährweg, die Prüfening Schulgasse und die Leichtlgasse erneuert werden. Vermutlich beträfen die Maßnahmen zudem den Schallschutz. Er fragt, ob sich die Deutsche Bahn AG finanziell beteilige.

Darüber hinaus sei die Umgestaltung der Straße „Am Königshof“ erstmalig im IP vorzufinden. Gleichzeitig werde die dringend nötige Überarbeitung der Obermünsterstraße nicht verfolgt. Er hakt nach, warum so verfahren werde.

Die Kostenzunahme beim Neubau der Frankenstraße und –brücke könne er ebenso wenig nachvollziehen. Schlussendlich würden immense Mittel für den motorisierten Individualverkehr (MIV) investiert. Die Aufwendungen für Radwege fielen im Vergleich dazu eher gering aus. Hier erwarte er durchaus noch mehr Maßnahmen.

Des Weiteren existierten zu einigen Vorhaben bereits Grundsatzbeschlüsse. Diese habe die ÖDP-Stadtratsfraktion teilweise missbilligt. So würden etwa verschiedene Entwicklungen aufgrund vorhandener Biotope oder der Bau der Sallerner Regenbrücke kritisch betrachtet. Dagegen seien für den Kreuzungsausbeim beim DEZ bislang keine Details bekannt. Ein Beschluss dazu sei bis dato nicht verabschiedet worden. Nichtsdestotrotz würden nun Gelder für das Projekt eingestellt. Jedoch seien die Überlegungen zum Haupttradroutennetz durchaus weiter fortgeschritten. Beträge für diese Maßnahme fehlten allerdings. Er denkt, der Mittelbedarf solle ebenfalls bereits jetzt berücksichtigt werden.

Einerseits sei das Parkhaus auf dem ehem. Jakobi-Gelände inzwischen erfreulicherweise obsolet. Andererseits werde leider an der Quartiersgarage auf dem Areal der ehem. Nibelungenkaserne festgehalten. Eine Nutzung des Parkhauses der FOS/BOS wäre besser. Im Übrigen sei der Mobilitätstreff in der reduzierten Form nicht zukunftssträchtig. Die Kosten stünden zudem in keinem guten Verhältnis zum Nutzen. Er gibt bekannt, die ÖDP-Stadtratsfraktion spreche sich heute gegen IP aus.

Herr Stadtrat Dr.-Ing. Zimmermann teilt mit, ein ambitioniertes Programm sei eingestellt worden. Zur Verwirklichung sei eine Schuldenaufnahme nicht vermeidbar. Dennoch seien die Inhalte ausgewogen und zukunftsorientiert.

Natürlich würden Pendlerparkplätze am Stadtrand oder in den Nachbargemeinden an den

Bahnlinien bevorzugt. Deren Verwirklichung sei aber nur in Kooperation mit mehreren Partner möglich. In absehbarer Zeit seien entsprechende Maßnahmen nicht machbar. Deshalb sei der Mobilitätstreff die beste Alternative.

Bei den Planungen zur Kreuzung beim DEZ werde die Stadtbahn bereits mitgedacht. Das sei sogar schon beim Bau der Nibelungenbrücke passiert. Letztlich sei – unabhängig vom Verkehrsmittel – ein fließender Verkehr anzustreben. Staus sollten vermieden werden. Den verschiedenen Aspekten müsse bestmöglich Rechnung getragen werden. Gerade beim DEZ herrsche in den Morgen- und Abendstunden ein großes Verkehrsaufkommen. Darauf müsse reagiert werden.

Herr Stadtrat Riepl legt dar, der angespannten Verkehrssituation in der Innenstadt müsse schnellstmöglich entgegengewirkt werden. Mithilfe des Mobilitätstreffs könne der MIV im Zentrum verringert werden. Die vermehrten Freisitze wegen der Corona-Pandemie hätten zudem eine Minderung bei den Parkplätzen bewirkt. Die Zurückstellung von Maßnahmen sei natürlich bedauerlich. Doch die Finanzlage erfordere nun einmal Einsparungen. Er begrüße jedenfalls, dass am Neubau der Frankenbrücke festgehalten werde. Deren Konstruktion erfülle nämlich die Ansprüche nicht mehr.

Er zeigt auf, in der Prüfeninger Straße seien Parkplätze in größerer Zahl weggefallen. Ein Ersatz könne kostengünstig in der Schillerstraße geschaffen werden. Diesbezüglich wären nur Markierungsarbeiten notwendig. Diesen Vorschlag habe er übrigens schon einmal unterbreitet.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erläutert, Kreditaufnahmen seien wohl unerlässlich. Denn die Rücklagen dienten vordergründig dem Haushaltsausgleich. Sie bestätigt, der Neubau der Frankenbrücke sei aufgrund der Sicherheitslage unbedingt erforderlich. Der schmale Radweg sei außerdem gefährlich. Ohne das Projekt müsse die Brücke sogar gesperrt werden.

Herr Sedlmeier informiert, der Holzgartensteg solle zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden. Derzeit hätten andere Vorhaben eine größere Dringlichkeit. So müsse etwa der Neubau des Grieser Steges fokussiert werden. Ansonsten könne bei einem weiteren Hochwasserereignis die Verbindung zwischen Stadtamhof und der Altstadt nicht sichergestellt werden.

Die Planungen zur Kreuzung beim DEZ fänden in enger Abstimmung mit dem Masterplan zur Stadtbahn statt. Dessen Ergebnisse seien für die Umgestaltung mitunter maßgeblich. Der Ausbau der Nordgaustraße hänge in erster Linie mit der Sallerer Regenbrücke zusammen. Hier sei momentan kein konkreter Zeitplan bestimmbar. Nichtsdestotrotz seien Mittel für den etwaigen Start des Projekts vorzuhalten. Dagegen könnten zum Hauptradroutennetz, zum Green Deal und der Verkehrsberuhigung der Altstadt keine pauschalen Ansätze vorgesehen werden. Sondern die Gelder müssten konkreten Maßnahmen zugeordnet werden. Dafür sei zunächst ein Konzept zur Verkehrsberuhigung oder die Prioritätenliste für das Hauptradroutennetz auszuarbeiten.

Er untermauert, die Anpassung beim Wohnbauprojekt Guerickestraße 35 sei die bessere Lösung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Die Planungen zum Obermünsterviertel würden im kommenden Jahr beginnen. Die Finanzierung erfolge über vorhandene Haushaltsreste. Die Öffentlichkeit werde dann in den Prozess eingebunden. Übrigens seien in dem Straßenzug auch Tätigkeiten im Untergrund notwendig. Diese seien vor der Umgestaltung der Oberfläche durchzuführen.

Eine Veränderung des Arnulfplatzes sei gewiss wünschenswert. Erste Überlegungen hierzu existierten. Diese bildeten jedoch keine ausreichende Basis und müssten vertieft werden. Allerdings sei inzwischen das Sanierungsgebiet aufgehoben worden. Die Förderfähigkeit hieraus sei also entfallen. Womöglich wären anderweitige Fördermittel generierbar. Doch wegen der fehlenden planerischen Grundlage sei das Vorhaben nicht im IP aufgelistet.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sagt, die Idee von Herrn Stadtrat Riepl zur Schillerstraße solle geprüft werden.

Herr Stadtrat Suttner meint, die Aufwertung eines Bereichs solle nicht zwangsläufig von den Arbeiten am Belag abhängig gemacht werden. Denn durch die Verknüpfung gehe zu viel Zeit verloren. Gerade im Obermünsterviertel böten die Lokalitäten schon einen Anziehungspunkt. Mit einem attraktiveren Umfeld könne ein belebtes Areal entstehen. So genügten etwa weniger Parkplätze. Schließlich befänden sich Parkhäuser in der Nähe. Durch die wegbleibenden Autos werde mehr Freiraum und Aufenthaltsqualität erzeugt. Ein ebenerdiger Bordstein sei dagegen nicht immer vonnöten.

Er forscht nach, wann der Stadtrat über die Kostensteigerungen im Hinblick auf die Frankenbrücke unterrichtet worden sei. Die Kostenschätzung datiere offenbar aus August 2020. Insofern hätte er sich eine zeitnahe Information gewünscht. Selbstverständlich komme der Neubau auch den Radfahrern/innen zu Gute. Trotzdem dürfe das Kostenverhältnis nicht außer Acht gelassen werden. Des Weiteren vermisse er hinsichtlich des Radverkehrs konkrete Maßnahmen zu bestehenden Beschlüssen. Hierzu seien nämlich durchaus schon Priorisierungen passiert. Immerhin werde nun der Radweg nach Scharmassing errichtet. Daneben würde das Hauptradrouthenetz eine bedeutende Grundlage bilden. Womöglich werde hieran im Hintergrund gearbeitet. Dann wäre mehr Transparenz schön.

Herr Köstlinger erläutert, die anfängliche Kostenannahme für die Frankenbrücke habe auf einer groben Schätzung aufgebaut. Nun existiere eine erste Berechnung mit verlässlichen Zahlen. Diese basiere auf einer tatsächlichen Planung. Darin enthalten seien z. B. etwaige Lärmschutzmaßnahmen oder die genaue Breite. Die detaillierten Unterlagen befänden sich momentan in der Fertigstellung. Diese würden dem Ausschuss dann zur Entscheidung vorgelegt.

„Am Königshof“ müsse die REWAG tätig werden. An deren Leitungen gebe es einen erheblichen Sanierungsbedarf. Diese Reparaturen sollten mit den städtischen Maßnahmen gebündelt werden. Gewisse Synergieeffekte könnten dadurch erzielt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erörtert, der Green Deal spiegle sich in vielfältigen Projekten wider. So trugen z. B. alle Investitionen in den Umweltverbund oder in Photovoltaik-Anlagen zu dessen Realisierung bei. Gewiss würde ein großer Posten mit dem Titel „Klimaschutzprojekte“ mit einer Gesamtsumme die Aktivitäten besser veranschaulichen. Doch solch eine Darstellung widerspreche leider der Systematik des IP. Gleiches gelte für den Radverkehr oder die Verkehrsberuhigung. Auch diesbezüglich seien etliche einzelne Vorhaben veranschlagt. Genauso wären zuverlässige Kostenangaben von Vorteil. Aber der Planungszeitraum umfasse fünf Jahre. In dieser Zeitspanne seien geänderte Erfordernisse oder Rahmenbedingungen eben nicht ausschließbar. Entsprechende Anpassungen müssten daraufhin geschehen. Ferner gebe es wahrscheinlich stets weitere wünschenswerte Projekte. Allerdings sei eine Priorisierung nun einmal unerlässlich. Zugleich sei durchaus ein ambitioniertes Programm angefertigt worden. Die empfohlenen Streichungen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen könne sie übrigens nicht unterstützen. Der Mobilitätstreff sei beispielsweise ein wesentliches Element des Parkraumkonzeptes.

Sie bestätigt, der Radweg entlang des Unterislinger Wegs sei ein wichtiger Lückenschluss. Jedoch hätten hierfür zunächst Grundstücke erworben werden müssen. Deswegen habe die Maßnahme erst jetzt eingeplant werden können. Bezüglich des Hauptradrouthenetzes werde ein Konzept voraussichtlich im ersten Quartal 2022 präsentiert. Anschließend könnten die kurz- bzw. langfristigen Maßnahmen festgelegt werden.

Herr Stadtrat Achmann gibt zu bedenken, der Mobilitätstreff sei nicht allzu weit von der Innenstadt entfernt. Somit werde auch der Autoverkehr weiterhin in Zentrumsnähe geleitet. Überdies werde künftig eine Stadtbahn vorhanden sein. Insofern solle der Bau eines derart großen Parkplatzes an diesem Standort nochmals hinterfragt werden. Stattdessen sollten entsprechende Möglichkeiten am Stadtrand verwirklicht werden. Diese sollten dann mit einer Endhaltestelle der Stadtbahn verknüpft werden. Genauso wäre ein Pendlerparkplatz beim Lappersdorfer Kreisel eine denkbare Option. Von dort könne der Weg zum Endziel mit dem Fahrrad, dem Bus oder zu Fuß angetreten werden. Außerdem ignorierten sicherlich viele Autofahrer/innen den Mobilitätstreff und fuhren lieber weiter in die zentralen Parkhäuser. Schließlich seien zu diesen nur wenige zusätzliche Meter zurückzulegen.

Darüber hinaus würden einige Kostenstellen jährlich mit demselben Betrag ausgestattet. Das treffe zum Beispiel auf Kleinmaßnahmen für den Radverkehr oder die Umrüstung auf LED-Beleuchtung zu. Bekanntermaßen seien vor allem die Baumaßnahmen stets steigenden Materialaufwendungen zu verzeichnen. Wahrscheinlich wäre die Berücksichtigung eines gewissen Inflationssystems im IP zweckmäßig. Denn unweigerlich würden manche Projekte in fünf Jahren teurer sein als heute.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer antwortet, eine Indexierung könne gewiss überlegt werden. Wobei die Kosten für Bauprojekte ohnehin regelmäßig fortgeschrieben würden. Zudem würden größere Vorhaben wie die Errichtung von Radwegen nicht über das Budget für Kleinmaßnahmen abgerechnet. Sondern dieser Etat diene der zügigen Umsetzung relativ unkomplizierter Ideen.

Herr Köstlinger ergänzt, bei den LED-Lampen sinke der Preis. Insofern sei hier eine indexbasierte Aufstockung nicht sinnvoll.

Herr Stadtrat Teufl bemerkt, laut dem Green Deal solle bis zum Jahr 2030 die Klimaneutralität erreicht sein. Bedauerlicherweise spiegle sich diese Zielsetzung im IP zu wenig wider. Gewiss seien einzelne Maßnahmen für den ÖPNV und dergleichen inkludiert. Doch deren Umfang reiche keineswegs aus. Weitaus größere Anstrengungen müssten unternommen werden. Dafür müssten eben die entsprechenden Gelder bereitgestellt werden. Zumindest Planungsmittel sollten vorgesehen werden. Schließlich würden solche auch für zahlreiche andere Maßnahmen hinterlegt mit dem Hinweis, weitere Konkretisierungen erfolgten später nach einer Kostenermittlung.

Herr Stadtrat Thurow schildert, das IP sei als Absichtserklärung zu verstehen. Gewollte Maßnahmen würden darin aufgelistet. Die tatsächliche Entwicklung bleibe dennoch abzuwarten. Insofern sei das Vorhalten von Planungskosten durchaus machbar. Überdies sei die Kostensteigerung für den Neubau der Frankenbrücke enorm. Die Ursachen sollten bitte näher beschrieben werden. Genauso umfasse die Kostenschätzung für den Mobilitätstreff 18 Mio. Euro. Er hakt nach, worauf diese Angabe genau beruhe.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer betont, für jeden Posten des IP müsse die Finanzierung gewährleistet sein. Dies passiere aktuell mitunter mittels Kreditaufnahmen. Deshalb könne das Programm nicht einfach so um Planungskosten für bislang undefinierte Maßnahmen erweitert werden. Außerdem baue der Green Deal auf viele einzelne Vorhaben auf. Diese seien verstreut im gesamten IP zu finden. Weitere Überprüfungen und Ideen seien angestoßen worden. Denn natürlich seien im Sinne des Green Deal in nächster Zeit beachtliche Investitionen vonnöten. Zugleich dürfe aber die Leistungsfähigkeit nicht unberücksichtigt bleiben. Im Übrigen sei zusätzlich die Mitwirkung vieler Akteure unerlässlich. Klimaneutralität könne letztlich nur mit Zutun der gesamten Gesellschaft erreicht werden. Zum Mobilitätstreff existierten bereits Beschlüsse und Untersuchungen. Auf deren Grundlage werde derzeit eine Summe von 18 Mio. € angenommen.

Herr Stadtrat Lehner äußert, schon in der letzten Stadtratsperiode sei der Mobilitätstreff einstimmig befürwortet worden. Die heutige Ablehnung der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen verwundere ihn. Trotz Wegfall des Fahrradverleihsystems handle es sich um einen bedeutsame Maßnahme.

Herr Stadtrat Dr.-Ing. Zimmermann erklärt, Parkplätze an den Endhaltepunkten der Stadtbahn seien gewiss eine Überlegung wert. Allerdings würde er gute Umsteigebeziehungen im Landkreis bevorzugen. Der ÖPNV müsse schon weit vor dem Stadtrand beansprucht werden. Denn die meisten Autofahrer/innen wechselten an der Stadtgrenze das Fortbewegungsmittel nicht mehr. Stattdessen werde so nah wie möglich an das Endziel weitergefahren. Hierfür biete wenigstens der Mobilitätstreff eine Parkmöglichkeit, die zwar zentrumsnah, aber dennoch außerhalb der Altstadt sei. Dieses Verhalten der Autofahrer/innen lasse sich übrigens am Park & Ride-Platz auf dem Autobahndeckel beim Krankenhaus der Barm-

herzigen Brüder ablesen. Dieses Areal bleibe überwiegend unbenutzt. Ferner sei eine vernünftige, langfristige vernünftige Prognose der Baukostenentwicklung schwierig. Die Preise veränderten sich zu häufig und teilweise sprunghaft. Die tatsächlichen Entwicklungen seien kaum vorhersehbar.

Herr Stadtrat Riepl hebt hervor, durch die Flussraum- und Hochwasserkonzepte einstunden entlang der Flüsse optimale Erholungs- und Grüngebiete. Genauso seien Gewerbeflächen nun einmal vonnöten und gerechtfertigt. Dabei werde trotzdem auf Biotope und Grünflächen geachtet. In der Gesamtschau werde der richtige Weg beschritten.

Herr Stadtrat Dr. Rappert stellt klar, die Stadtbahn werde nach wie vor gut geheißen. Deren Verwirklichung müsse vorangetrieben werden. Leider sei es diesbezüglich wohl zu Irritationen gekommen.

Frau Stadträtin Maria Simon verkündet, immer wieder werde zu Sparsamkeit gemahnt. Deswegen habe sie hierzu konkrete Vorschläge gemacht. Der Mobilitätstreff hätte ursprünglich die verschiedenen Mobilitätsformen verknüpfen sollen. Durch den Wegfall des Fahrradverleihsystems fehle ein bedeutender Baustein. Insofern stelle sie das Vorhaben nun in Frage. Überdies glaube sie, die Menschen ließen sich von einem Umstieg auf die Stadtbahn auch am Stadtrand überzeugen. Schließlich könne damit das Stadtgebiet schneller und bequemer durchquert werden. Diese Debatte müsse aber an anderer Stelle geführt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt:

Der Ausschuss für **Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen** empfiehlt dem Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Beteiligungen und dem Stadtrat, die im Entwurf des Investitionsprogramms 2021 bis 2025

- im **Einzelplan 6** (Bau- und Wohnungswesen, Verkehr) -
UA 6152/01 bis UA 6200/05, UA 6300/01 bis UA 6370/08,
UA 6406/00 bis UA 6900/19

sowie

- im **Einzelplan 7** (Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung) -
UA 7000/09, UA 7009/09 bis UA 7025/88, UA 7701/00 bis UA 7701/12,
UA 7916/11 und 7916/12 sowie UA 7920/00 bis UA 7920/09

enthaltenen Maßnahmen in das Investitionsprogramm 2021 bis 2025 aufzunehmen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: mit Stimmenmehrheit

Ablehnung: Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Brücke, ÖDP,
Herr Stadtrat Frank

**zu 5 Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Friedenstraße/Kumpfmühler Brücke, Radverkehrsverbesserung, barrierefreier Ausbau der Haltestelle Gutenbergstraße (stadtauswärts) und Bau einer Wendemöglichkeit in der Kirchmeierstraße
-Maßnahmenbeschluss-
Vorlage: VO/21/18343/65**

Diskussion:

Herr Stadtrat Suttner bemerkt, die Situation für den Radverkehr sei nach wie vor nicht zufriedenstellend. Vor allem den Gegenverkehrsradweg empfinde er als problematisch. Damit werde das Radfahren auf der falschen Straßenseite legitimiert. Hiervon werde normalerweise Abstand genommen. Das Vorhaben sei wenig zukunftsweisend. Deswegen werde er den Beschluss heute nicht mittragen.

Herr Stadtrat Achmann stimmt zu, an Verbesserungen für den Radverkehrs mangle es durchaus. Entsprechende Vorschläge seien leider abgelehnt worden. Dennoch umfasse das Vorhaben auch einige positive Aspekte. So sei etwa die Ausweitung der Aufstellflächen für Radfahrer/innen dringend notwendig. Genauso sei der barrierefreie Umbau der Bushaltesteller begrüßenswert.

Ferner würden die Verkehrsinseln teilweise verlängert. Bislang querten viele Radfahrer/innen die Kreuzung von der Kumpfmühler Brücke kommend in die Kumpfmühler Straße diagonal. Durch das frühere Grünsignal für den Radverkehr sei dies machbar. Die größeren Fahrbahnteiler verhinderten die Option künftig. Er fragt, ob der Ausbau nur deswegen geschehe. In diesem Fall solle davon abgesehen werden. Denn schnelle Querungsmöglichkeiten seien grundsätzlich wünschenswert.

Des Weiteren werde derzeit die Sperrung des Bahnhofvorplatzes umgesetzt. Demnach verlagere sich der motorisierte Individualverkehr (MIV) unter anderem in die Friedenstraße. Zudem sei dort durch die nahende Vorweihnachtszeit ein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten. Angesichts dieser Situation solle der Bedarf der erweiterten Abbiegespur nochmals evaluiert werden. Eventuell seien die aktuellen Prognosen unzutreffend und die Rückstauungen fielen geringer aus. Im Ergebnis könne vielleicht auf die Ausdehnung der Abbiegespur verzichtet werden. Er eruiert, wann die Bauarbeiten überhaupt starten sollten.

Er beantragt, die Beschlussfassung solle in zwei Teile gesplittet werden. Über die Verlängerung des Rechtsabbiegestreifens solle gesondert abgestimmt werden. Die restlichen Aspekte wie die Radverkehrsverbesserung, die Wendemöglichkeit und der barrierefreie Ausbau der Haltestelle bildeten Sodann den weiteren Part.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer entgegnet, eine diagonale Querung der Kreuzung sei rechtswidrig und gefährlich. Dieses Verhalten wolle man keinesfalls unterstützen. Darüber hinaus sei eine längere Abbiegespur zwingend erforderlich. Schließlich seien Staus bereits jetzt zu den Hauptverkehrszeiten zu beobachten. Die Durchführung sei für die erste Jahreshälfte 2022 angedacht. Somit entstünden in der Vorweihnachtszeit keine zusätzlichen Behinderungen.

Herr Köstlinger pflichtet bei, der Baubeginn solle im Mai oder Juni 2022 erfolgen. Zunächst müssten die Planungen konkretisiert werden. Außerdem seien entsprechende Ausschreibungen zu vollziehen. Er untermauert, die gesamte Maßnahme diene sowohl der Bewältigung der Verkehrsströme als auch der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer/innen. Im Übrigen würden die vorhandenen Zebrastreifen nach heutigen Erkenntnissen nicht mehr realisiert werden. Aufgrund der mittlerweile vorherrschenden verkehrlichen Belastung könne es hier zu sehr gefährlichen Situationen kommen. Insbesondere die rechtsabbiegenden Autofahrer/innen müssten auf viele etwaige Konflikte achten.

Herr Stadtrat Suttner äußert, die Gegebenheiten sollten keinesfalls verschärft werden. Nichtsdestotrotz sei dem Radverkehr seines Erachtens nicht die oberste Priorität beigemessen.

sen worden. Besonders der Gegenverkehrsradweg sei keine gute Lösung. Außerdem seien die Regeln für die Radfahrer/innen teilweise kompliziert. Vermutlich hielten sich deswegen auch nicht alle Menschen daran.

Frau Stadträtin Maria Simon verdeutlicht, die Querungen seien natürlich nicht richtig. Sie hakt nach, ob geänderte Ampelschaltungen hier Abhilfe schaffen könnten.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer meint, leider würden die Verkehrsregeln nicht immer beachtet. Doch nicht alle denkbaren Verstöße könnten bei den Planungen berücksichtigt werden. Auf die Vernunft der Verkehrsteilnehmer/innen müsse ein Stück weit vertraut werden können. In der Gesamtschau solle an diesem Knotenpunkt jedenfalls eine adäquate Lösung realisiert werden.

Herr Köstlinger erläutert, die Ampelschaltungen seien umfassend thematisiert worden. Diesbezüglich sei natürlich auf sämtliche Verkehrsflüsse abzustellen. Die jeweiligen Umlaufzeiten sollten nicht unverhältnismäßig ausgedehnt werden. Mittels der verlängerten Verkehrsinseln würden übrigens Wendemanöver verhindert. Mit letzteren gingen nämlich große Sicherheitsprobleme einher.

Herr Stadtrat Riepl denkt, sowohl für den Fahrrad- als auch den Autoverkehr träten Verbesserungen ein. Außerdem müssten letztlich alle Verkehrsteilnehmer/innen die Straßenverkehrsordnung befolgen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bekräftigt, die Verkehrsabwicklung sowie die Sicherheit für Radfahrer/innen würden optimiert.
Sie sagt, sie leite nun die Beschlussfassung ein. Zuerst solle über den Antrag auf getrennte Abstimmung votiert werden.

Zustimmung: Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP, Herr Stadtrat Frank

Ablehnung: mit Stimmenmehrheit

Sie stellt fest, das Ansinnen sei somit abgelehnt. Daher lasse sie abschließend über den Beschlussvorschlag in seiner Gesamtheit entscheiden.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt:

Dem Umbau des Knotenpunktes Friedenstraße/Kumpfmühler Brücke mit Verlängerung des Rechtsabbiegestreifens, der Radverkehrsverbesserung, der Wendemöglichkeit in der Kirchmeierstraße und dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle Gutenbergstraße (stadtauswärts) wird im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: mit Stimmenmehrheit

Ablehnung: Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Brücke, ÖDP,
Herr Stadtrat Frank

**zu 6 Verbesserung im Radwegenetz (Lückenschluss)
Neubau einer Geh- und Radwegverbindung ab der Einmündung Rauberstraße bis zur
Stadtgrenze (Scharmassing) entlang des Unterislinger Wegs
Maßnahmenbeschluss
Vorlage: VO/21/18392/65**

Diskussion:

Frau Stadträtin Schmidl begrüßt, dass dieser Lückenschluss umgesetzt werden könne. Die Planungen seien nicht immer leicht gewesen. Insofern hätten die Vorbereitungen auch längere Zeit beansprucht. Umso erfreulicher sei nun die Realisierung. Der zusätzliche barrierefreie Ausbau der Bushaltestelle und die Beleuchtung nach Unterisling seien natürlich ebenso erfreulich.

Sie fragt, wie der Sachstand bezüglich der wasserrechtlichen Genehmigung sei. Daneben werde als Voraussetzung für die Maßnahme eine Zuwendung definiert. Sie eruiert, was eine fehlende Bezuschussung für den Zeitplan bedeute.

Herr Stadtrat Thurow erkundigt sich, wie hoch die Gesamtkosten für den Grunderwerb gewesen seien. Leider ergebe sich dies nicht aus dem Sachverhalt.

Herr Stadtrat Teufl bemerkt, in dem Bereich zwei gefährliche Querungspunkte. Diese seien in der Stadlerstraße und bei der Beerenmeile Oberisling verortet. Vor allem für Kinder stellten die schnell fahrenden Autos eine Gefahr dar. Er regt an, hier solle über Verbesserungen nachgedacht werden.

Herr Stadtrat Suttner erörtert, hinsichtlich des Radverkehrs seien bereits gewisse Priorisierungen getroffen worden. Bei Maßnahmenbeschlüssen sollten hierzu Informationen aufgezeigt werden. Ansonsten finde er das Vorhaben selbstverständlich positiv.

Herr Köstlinger erklärt, die Querungsmöglichkeit in der Stadlerstraße sei aufgrund der dortigen Bushaltestelle vonnöten. Die Topografie und die Grundstücksverfügbarkeit erschweren die Situation dort. Nichtsdestotrotz werde der bisherige Zustand deutlich optimiert. Im Übrigen sei eine sog. smarte Beleuchtung vorgesehen. Das automatische Abdunkeln bei fehlendem Verkehr sei dadurch möglich. Damit werde den naturschutzrechtlichen Belangen entgegengekommen.

Bei der Beerenmeile Oberisling sei keine gesonderte Querungshilfe geplant. Stattdessen werde eine Geschwindigkeitsdämpfung angestrebt. Das Investitionsprogramm enthalte Mittel für diesbezügliche Maßnahmen. Deren Realisierung solle möglichst zeitlich mit dem Bau des Radweges passieren. Allerdings seien zunächst die Details auszuarbeiten.

Die genauen Aufwendungen für den Grundstückserwerb müsse er nachreichen.

Die wasserrechtliche Genehmigung liege bisher noch nicht vor. Trotzdem werde von einer Zusage ausgegangen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sagt zu, die Antwort zum Grundstückserwerb ergehe schriftlich.

Frau Stadträtin Schmidl hakt nach, was die Konsequenzen eines ausbleibenden Zuschusses seien. Zudem fasst sie nach, was genau als Maßnahme zur Geschwindigkeitsdämpfung zu verstehen sei. Ihrer Meinung nach müsse auf Höhe der Ausfahrt eine Querungsmöglichkeit geschaffen werden. Dieses Anliegen hätten schon Familien, der Inhaber der Beerenmeile und Radverkehrsgruppen vorgetragen. Durch das Öffnen der Leitplanke ergebe sich womöglich eine Gelegenheit zur Querung. Dazu sollten nochmals Überlegungen erfolgen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwidert, mit der Förderung werde fest gerechnet. Ansonsten müssten Mittel von anderen Maßnahmen abgezogen und übertragen

werden. Verwirklicht werde dieses Vorhaben auf jeden Fall.

Herr Köstlinger erläutert, die Idee hinsichtlich der Leitplanke sei rechtlich unzulässig. Diese Schutzeinrichtung dürfe nicht einfach so unterbrochen werden. Sondern ein gewisser Vor- und Nachlauf sei erforderlich. Nach heutigem Stand der Technik müsse die Anlage komplett umgebaut werden. Zudem wäre aufgrund des Höhenunterschieds eine Treppe zum Radweg notwendig. Eine solche sei wiederum für Radfahrer/innen wenig nützlich. Letztlich sei ein Fahrbahnteiler die sicherste Variante. Dieser trage auch zur Geschwindigkeitsdämpfung bei. Die Einzelheiten würden dem Ausschuss noch präsentiert.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt:

Zur Verbesserung des Radwegenetzes (Lückenschluss) wird entlang des Unterislinger Wegs ein neuer gemeinsamer Geh- und Radweg von der Einmündung Rauberstraße bis zur Stadtgrenze westlich der bestehenden Fahrbahn nach Maßgabe des Sachverhalts und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel neu hergestellt. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt unter der Voraussetzung, dass Zuwendungen gewährt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 7 **Kanalerneuerung "Gebiet Schmellerstraße" - BA III Schmellerstraße, Eichendorffstraße, Watzlikstraße, Eberlstraße, Weiherweg - geschlossene Bauweise"**
Vorlage: VO/21/18400/65

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt:

Der Mischwasserkanal in den Straßen Schmellerstraße (von der Einmündung Eichendorffstraße bis zur Einmündung Weiherweg), Eichendorffstraße (von Hausnummer 26 bis Hausnummer 60), Watzlikstraße und Eberlstraße ist nach Maßgabe des Sachverhalts und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einschließlich der Anschlusskanäle, Straßenentwässerungsleitungen und Schächte zu sanieren.

Weiterhin ist der Mischwasserkanal im Weiherweg zu ertüchtigen. Dies erfolgt durch unterirdische Reparaturverfahren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 8 Richtlinie der Stadt Regensburg zur Ausgestaltung des Projektfonds für die Innenstadt im Sonderfonds "Innenstädte beleben"
Vorlage: VO/21/18468/66

Diskussion:

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer teilt mit, ein Änderungsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen liege vor. Dieser sei verteilt worden. Der Ausschuss solle demnach über die bezuschussten Projekte informiert werden. Gerne werde zu gegebener Zeit ein Bericht dazu erfolgen. Die Richtlinie müsse deshalb jedoch nicht ergänzt werden. Sie fragt, ob das Ansinnen durch ihre Zusage als erledigt erklärt werden könne.

Frau Stadträtin Maria Simon nickt zustimmend.

Herr Stadtrat Rottke merkt an, kürzlich sei die kostenlose Stunde in den Parkhäusern abgeschafft worden. In diesem Zuge sei die Eislaufbahn am Neupfarrplatz als Kompensationsmaßnahme für die Altstadtkaufleute gedacht gewesen. Er fragt, wie dies nun mit diesem Budget in Einklang gebracht werde.

Des Weiteren solle mithilfe des Sonderfonds den Folgen der Pandemie in den Innenstädten entgegengewirkt werden. Die meisten erwähnten Maßnahmen seien allerdings seit längerem geplant. Deren Ausführung sei bislang bloß nicht geschehen. Wirklich neu sei lediglich die Idee zur Maximilianstraße 26. In Anbetracht der eigentlichen Zielrichtung seien die Ansätze zu wenig innovativ.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer schildert, der Sonderfond umfasse mehrere Projekte. Diese seien der Tabelle zu entnehmen. Gegenstand des heutigen Tagesordnungspunktes sei lediglich über die Nr. 7 A. Für die Vergabe der Mittel des Innenstadtfonds für Kleinmaßnahmen sollten Richtlinien erlassen werden. Deswegen halte sie eine Debatte über sämtliche Vorhaben für verfehlt. Zudem sei hierüber bereits im Rahmen des Grundsatzbeschlusses ausführlich diskutiert worden. Natürlich seien nicht alle Vorschläge neu. Deren Umsetzung sei eben bislang aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen. Insofern sei es nun umso erfreulicher, eine Verwirklichung mithilfe von Fördergeldern bewerkstelligen zu können. Ihrer Meinung nach trugen alle Maßnahmen zu Belebung der Innenstadt bei. Übrigens gebe es in Regensburg derzeit nur punktuelle Leerstände. In anderen Städten herrsche eine weitaus schlimmere Lage vor. Doch die Entwicklungen in den nächsten zwei Jahren seien nicht absehbar. Daher müsse schon jetzt präventiv agiert werden.

Herr Sedlmeier legt dar, die Eislaufbahn sei als Bestandteil der Offensive Altstadt beschlossen worden. Durch die Verlagerung in den Sonderfond könnten die stadt eigenen Haushaltsmittel geschont und anderweitig verwendet werden.

Er untermauert, eine Kooperation mit der Kultur- und Kreativwirtschaft finde statt. Hieraus erwarte er durchaus kreative Formate. Zudem bewirke der Innenstadtfond für Kleinmaßnahmen gewiss vielschichtige und attraktive Aktivitäten über das gesamte Jahr hinweg. Die Besucherfrequenz steige dadurch sicherlich.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt:

1. Die Stadt Regensburg erlässt eine Richtlinie zur Ausgestaltung des „Innenstadtfonds Kleinmaßnahmen“ laut beigefügtem Entwurf vom 31.10.2021, der wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 9 **Verkehrssicherheit vor Schulen und Erfahrungen mit der Eindämmung von Elterntaxis;**
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2021
Vorlage: VO/21/18472/32

Diskussion:

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer teilt mit, gerne könnten die gewünschten Auskünfte gegeben werden. Jedoch sei dies erst in einer der nächsten Sitzungen möglich. Denn die Daten und Informationen müssten zunächst aufbereitet werden. Sie fragt, ob die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einer Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt einverstanden sei.

Frau Stadträtin Maria Simon nickt zustimmend.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verkündet, dann lasse sie abschließend über die Vertagung abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 10 Anfragen

**zu 10.1 Anfrage 1: Baustraße für den Schulneubau am Sallerner Berg
Fragesteller: Herr Stadtrat Teufl**

Diskussion:

Herr Stadtrat Teufl äußert, die Baustraße für den Schulneubau am Sallerner Berg werde von der Bevölkerung weiterhin kritisch gesehen. So habe etwa die BI Konradsiedlung weitere Einsprüche eingereicht. In diesem Rahmen seien die Haufen aus dem abgetragenen Humus sowie eine unzureichende Baustellensicherung thematisiert worden. Er eruiert, wie damit umgegangen worden sei.

Herr Köstlinger antwortet, zwischenzeitlich sei ein Brief an die BI Konradsiedlung ergangen. Tatsächlichen Gefahrenstellen werde natürlich entgegengewirkt. Zudem werde eine umfassende Kommunikation mit den Baufirmen verfolgt. Auf etwaige Konfliktsituationen sei eindringlich hingewiesen worden. Das treffe vor allem in Hinblick auf den Schulweg zu.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, der Erdaushub werde auf dafür vorgesehenen Flächen gelagert. Das trage zu einem reduzierten Lkw-Verkehr bei. Denn der Humus müsse nicht weggefahren werden. Insgesamt würden regelmäßige Nachbesserungen stetig geprüft.

Herr Stadtrat Lehner regt an, solche Antwortschreiben sollten den Stadtratsmitgliedern ebenfalls zugestellt werden. Immerhin hätten sich die Bürger/innen auch an die Fraktionen gewandt.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sagt zu, ein Abdruck werde übermittelt.

zu 10.2 Anfrage 2: Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen
Fragesteller: Herr Stadtrat Teufl

Diskussion:

Herr Stadtrat Teufl bemerkt, gegebenenfalls solle in Bebauungspläne eine Pflicht zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen inkludiert werden. Die Verwaltung prüfe hierzu jedenfalls die Möglichkeiten. Er hakt nach, wann die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert würden.

Frau Flemmig antwortet, eine Beschlussvorlage werde derzeit erarbeitet. In diesem Rahmen sei zudem ein Bericht des Energieagentur Regensburg e. V. vorgesehen. Voraussichtlich würden die Informationen in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Schlussblatt

zur Niederschrift

für die Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen
der Stadt Regensburg am Dienstag, 09.11.2021

Die Vorsitzende schloss die Sitzung um 19:20 Uhr.

Die Niederschrift umfasst Blätter.

Regensburg, 09.11.2021

Vorsitz

Schriftführerin

Gertrud Maltz-Schwarzfischer
Oberbürgermeisterin

Corinna Omasmeier